

Im Streit um die Hartz IV-Reform hat die rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Julia Klöckner die SPD zum Einlenken aufgerufen. Die sozialdemokratisch regierten Bundesländer sollten das Angebot des Bundes annehmen, die Kosten der Kommunen für die Grundsicherung armer Rentner komplett zu übernehmen, sagte Klöckner am Montag in Mainz. Der Vorschlag gehe auf die rheinland-pfälzische CDU zurück.

„Eine schrittweise Übernahme der Grundsicherung für arme Rentner durch den Bund ist doppelt gut: Sie kann den finanziell klammen Städten und Kreisen Entlastungen in Milliardenhöhe bringen und zu einer Einigung bei den Hartz-IV-Gesprächen führen“, sagte Klöckner. Die Kommunen sollen demnach bis 2015 von zwölf Milliarden Euro Sozialausgaben entlastet werden.

Klöckner hatte erst vor wenigen Wochen gegenüber dem Bundesfinanzminister vorgeschlagen, die Kommunen in diesem Bereich zu entlasten. Die dafür notwendigen Mittel sollen aus der Mehrwertsteuererhöhung 2007 kommen. Damals hatte die Bundesregierung einen Prozentpunkt unmittelbar an die Bundesagentur für Arbeit zur Senkung der Arbeitslosenbeiträge gegeben. „Im Licht der robusten Wirtschaft und der guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt macht es nun Sinn, dass man über eine wirksame Entlastung für die Kommunen nachdenkt.“